

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: **Montag, den 07.12.2015**
Sitzungsbeginn: **19:00 Uhr**
Sitzungsende: **20:25 Uhr**
Ort, Raum: **Rathaus, Rathaussaal (EG)**

Sitzungsnummer: **HA/008/2015**

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Harald Jäschke

Stadtvertreter/in

Frau Heidrun Dräger

Herr Heinz Gohsmann

Herr Lutz Heinrich

Frau Marlies Reimann

Frau Katharina Wiener

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Beate Benz

Verwaltung

Frau Irene Beese

Frau Marlis Borries-Dettmann

Frau Sandy Mandlik

Herr Jörn Pamperin

Entschuldigt fehlen:

Verwaltung

Frau Dagmar Poltier

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3 Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 16.11.2015
- 4 Bericht der Verwaltung
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Anfragen und Mitteilungen
- 7 Vollzug des Haushaltsplanes
- 8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016
Vorlage: 169/15/10
- 9 Öffentlich-rechtlicher Vertrag mit dem Landkreis Ludwigslust-Parchim
Vorlage: 177/15/10
- 10 Annahme von Spendengeldern
Vorlage: 178/15/10/1
- 22 Wiederherstellung der Öffentlichkeit
- 23 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V § 31 Abs. 3
- 24 Schließen der Sitzung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Jäschke eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses um 19.00 Uhr.
Der Hauptausschuss ist mit 5 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig

zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung

Herr Jäschke bittet um Absetzung des TOP 13 der Tagesordnung – Erste Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Einrichtung eines „Kooperativen Bürgerbüros“. Bislang ist ein Gespräch mit dem Landkreis Ludwigslust-Parchim noch nicht zustande gekommen.

Für den TOP 10 – Annahme von Spendengeldern – bittet er darum, die Ergänzungsvorlage 178/15/10/1 zu verwenden. Die Vorlage liegt allen Mitgliedern vor.

Die geänderte Tagesordnung wird mit einem Abstimmungsergebnis von 5:0:0 genehmigt.

zu 3 Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 16.11.2015

Ergänzungs- bzw. Änderungsanträge werden nicht gestellt.

Abstimmungsergebnis: 4:0:1

Die Niederschrift ist genehmigt.

zu 4 Bericht der Verwaltung

Herr Jäschke teilt mit, dass in den Fachausschüssen derzeit die Sitzungstermine für 2016 besprochen werden. Ein entsprechender Entwurf ist allen zugegangen, der Sitzungsplan wird spätestens nach der Sitzung des AWTUOS endgültig feststehen. werden.

Er überreicht anschließend seinen Dienstreisebericht für den Zeitraum vom 01.07. bis 30.11.2015.

Er berichtet weiter über ein Schreiben der Deutschen Post AG, wonach diese ab dem 04.01.2016 eine weitere Filiale in Boizenburg, in der Bahnhofstraße 48, eröffnen wird.

Er nimmt dann Bezug auf einen Leserbrief zum Fahrplanwechsel der Deutschen Bahn AG, wodurch das Pendeln mit dem Zug wesentlich erschwert wird und zahlreiche Pendler mit längeren Fahrzeiten rechnen müssen. Es ist eine Pendlerpetition initiiert worden vom Vorsitzenden des Vereins „Haus und Grund e.V.“, Herrn Prötzig, zu der mittlerweile über 1400 Unterschriften vorliegen. Er denkt, dass es wenig sinnvoll ist, noch eine zusätzliche Petition, Resolution o.ä. zu initiieren und er schlägt vor, ein Schreiben an den Minister für Verkehrsangelegenheiten des Landes zu erstellen, um hierin noch einmal die Dringlichkeit bzw. die Folgen zu unterstreichen für die Pendler in Boizenburg. Wenn das Einvernehmen der Mitglieder hierzu gegeben ist, würde er ein entsprechendes Schreiben entwerfen und in die Postfächer legen, verbunden mit der Bitte, sich zum Inhalt seines Schreibens zu äußern. Die Mitglieder des Hauptausschusses erklären ihr Einverständnis zur vorgeschlagenen Vorgehensweise.

zu 5 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

zu 6 Anfragen und Mitteilungen

Frau Dräger spricht erneut den Zustand des Parkplatzes Ecke Fritz-Reuter-Straße/Rudolf-Tarnow-Straße an und fragt, wann der endlich mal vom Laub gesäubert wird.

Nach Aussage von Herrn Jäschke hat der Bauhof das zwischenzeitlich erledigt.

Herr Heinrich merkt in diesem Zusammenhang an, dass nach seinen Erfahrungen, wenn er den Bauhofleiter anspricht auf gewisse Sachverhalte, dies sofort erledigt bzw. umgesetzt wird. Dies ist ihm gleichermaßen von Bürgern bestätigt worden. Insofern bittet er darum, diesbezüglich mal ein Lob an den Bauhof auszusprechen.

zu 7 Vollzug des Haushaltsplanes

Frau Wiener nimmt ab diesem Punkt an der Sitzung teil, es sind damit 6 Mitglieder anwesend.

Den Ausschussmitgliedern ist eine aktuelle Liste mit Stand vom 01.12.2015 zugegangen.

Herr Heinrich spricht einzelne Positionen, wie beispielsweise die Umsatzsteuer an, bei denen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht einmal dreiviertel des Jahresplanes erreicht sind und er fragt, ob es tatsächlich so ist, dass ein Eingang diesbezüglich immer erst in den letzten Tagen des Jahres zu erwarten ist.

Herr Pamperin antwortet, dass es rein gesetzlich gesehen immer erst nach Ablauf des Quartals eingeht. Es ist so geregelt, dass in der letzten Kalenderwoche des Dezember eine Abschlagszahlung für das 3. Quartal 2015 erfolgt und dann wieder im Januar 2016 für das 4. Quartal in Höhe der Abschlagssumme für das 3. Quartal. Bei der endgültigen Abrechnung kann es zu einer Rück- bzw. Nachzahlung kommen.

Auf Nachfrage von Herrn Heinrich zu den Personalaufwendungen führt Herr Pamperin aus, dass eine Monatszahlung noch aussteht.

Auf eine weitere Frage von Herrn Heinrich, ob die nicht in Anspruch genommenen Mittel in die Rückstellung für 2016 gehen, oder verfallen, erwidert Herr Pamperin, dass auf Antrag

aus den Fachbereichen investive Auszahlungen weitergetragen werden können, unabhängig vom Haushalt für 2016. Anders verhält sich das bei den investiven Einzahlungen, die müssen neu veranschlagt werden.

zu 8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016
Vorlage: 169/15/10

Herr Jäschke weist darauf hin, dass allen Mitgliedern im Vorwege noch eine Änderungsliste zugegangen ist und bittet um eine Einordnung, wie vom Fachbereichsleiter vorgeschlagen. Weiter teilt er mit, dass es noch einen Vorbehaltstermin am 16.12. zur Beratung des Haushalts mit den Fraktionsvorsitzenden gibt, wenn die Beratung in den Fachausschüssen abgeschlossen ist, um dann eventuell entstandene Unstimmigkeiten zu besprechen

Herr Gohsmann merkt an, dass die beantragten Bänke für die Bahnhofstraße in der Änderungsliste unter – Stadtmobilar - nicht zu finden sind. Ihm und auch seiner Fraktion ist wichtig, dass diese 4 Sitzbänke mit aufgenommen werden. Es handelte sich hierbei um einen offiziellen Antrag der SPD-Fraktion, bereits vom 06. November 2015.

Was den Stellenplan angeht, war von allen Fraktionen geäußert worden, dass Ku – Vermerke erfolgen sollten im Zusammenhang mit der Verbeamtung bei Neueinstellung.

Herr Jäschke merkt dazu an, dass man das sicherlich in den Stellplan schreiben kann und möglicherweise auch beschließen kann, allerdings muss er für diesen Fall prüfen, ob der Beschluss möglicherweise rechtswidrig wäre. Er muss diesbezüglich noch Kontakt mit der Kommunalaufsicht aufnehmen.

Zu dem im Haushalt aufgeführten Brückenneubau in 2019 im Bereich Ziegenwiese/Parkplatz merkt Herr Gohsmann noch an, dass es sich hierbei um die Brücke – An der Quöbbe – handelt. Insofern müsste eine Korrektur vorgenommen werden.

Im HH-Plan 2015 waren Vorausleistungszahlungen für die Maßnahme Bretternhof veranschlagt, die Schlussrechnung sollte in 2016 erfolgen. Veranschlagt waren für 2015 400,0 T€ und für 2016 300,0 T€. Im jetzt vorliegenden Haushaltsplan sind für 2016 unter Schlussabrechnung Bretternhof für 2015 400 T€ vorgesehen und für das Jahr 2016 700 T€, also 1.100 T€ (Seite 252) – Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit; Sonderposten Schlussabrechnung Bretternhof). Er fragt nach, wie das zu sehen ist.

Herr Pamperin erklärt das damit, dass investive Auszahlungen übertragungsfähig sind. Für die Einnahmen ist das nicht geregelt, so dass diese quasi noch einmal eingestellt werden müssen. Insofern ist das nicht zu summieren, sondern es sind nur die 700 T€ zu betrachten, die für 2016 zu planen sind.

Frau Wiener spricht an, dass nach Aussage von Frau Poltier im AWTUOS ein Vertrag mit der Tierpension Holthusen in Sachen Fundkatzenunterbringung geschlossen werden sollte. Sie kann im Haushalt eine entsprechende Position nicht finden.

Herr Jäschke sagt dazu, dass das unter die Position Fundtiere fällt.

Herr Pamperin fügt ergänzend hinzu, dass dies nicht als separate Position enthalten ist, der Vertrag ist geschlossen worden.

Frau Reimann möchte wissen, wozu die 2 zusätzlichen Geschwindigkeitsmesstafeln erforderlich sind. Eine befindet sich ja schon in der Klingbergstraße.

Herr Pamperin meint, dass es hier um technische Fragen ging im Zusammenhang mit der Auswertung der Zählungen.

Frau Beese fügt an, dass durch die neue Computertechnik das Programm zur Auswertung nicht mehr nutzbar ist, heißt, dass es keine neuen Updates mehr gibt für die andere, inzwischen 10 Jahre alte Messtafel.

Frau Dräger beantragt für die lfd. Stelle 3a des Stellenplans – Gleichstellungsbeauftragte – eine Erhöhung der Wochenstundenzahl um 5 Stunden. Zum Zeitpunkt der Einstellung einer neuen Gleichstellungsbeauftragten hatte man sich darauf verständigt, die Stelle vorerst mit 20 Wochenstunden zu veranschlagen. Sie weiß, welche Arbeit die Kollegin für die Stadt leistet, zumal sie zusätzlich in Flüchtlingsangelegenheiten mit eingebunden ist. Insofern sieht sie den Zeitpunkt als gekommen, wo darüber nachgedacht werden sollte, mindestens weitere 5 Stunden in den Stellenplan aufzunehmen.

Die übrigen Ausschussmitglieder erklären sich mit einer Erhöhung um 5 Wochenstunden einverstanden.

Herr Jäschke bittet Herrn Pamperin um Aufnahme in die Beschlussvorlage für die Stadtvertretung.

Eine Empfehlung zum Haushalt 2016 wird durch den Hauptausschuss nicht abgegeben, da noch Beratungen in den Fachausschüssen anstehen..

zu 9 Öffentlich-rechtlicher Vertrag mit dem Landkreis Ludwigslust-Parchim Vorlage: 177/15/10

Herr Jäschke führt aus, dass es in der Stadt noch keinen Asylbewerberleistungsgesetzberechtigten gibt, insofern wird durch die Stadt auch noch nicht ausgezahlt.

Des Weiteren merkt er zum Beratungsverfahren an, dass der Vertrag eigentlich in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln gewesen wäre, aber mit der Genehmigung der Tagesordnung, einer Abhandlung in öffentlicher Sitzung zugestimmt worden ist durch die Mitglieder des Hauptausschusses. Gemäß Hauptsatzung sind Verträge grundsätzlich nichtöffentlich zu beraten, es sei denn, dass das entsprechende Gremium für eine öffentliche Beratung ist. Er wolle darauf aufmerksam machen, weil die Vorlage für die Stadtvertretung ebenfalls für den öffentlichen Sitzungsteil vorgesehen ist.

Frau Wiener stört sich daran, dass der Aufwand, der für die Mitarbeiter der Stadt entsteht, nicht berücksichtigt wird und zum anderen hat sie die vertraglichen Regelungen so interpretiert, dass der Landkreis dadurch monatlich quasi ein „zinsloses Darlehen“ von der Stadt erhält.

Herr Jäschke entgegnet auf den 2. Teil der Anmerkung von Frau Wiener, dass dem nicht so ist, da die Stadt vom Landkreis 2 Tage vor Auszahlungstermin die Namen und die Überweisungen erhält.

Unter dem Gesichtspunkt, dass der Landkreis in finanzieller Hinsicht oft nicht sehr kooperativ ist, fragt Frau Wiener sich, warum die Stadt dem Landkreis gegenüber dagegen so entgegenkommend handelt.

Herr Jäschke verweist auf den § 4 des Vertrages, in dem eindeutig geregelt ist, dass keine Kostenerstattung erfolgen soll und führt aus, dass die Stadt nicht weiß, welcher Aufwand dahinter steht und

vielleicht sollte die Stadt den Vertrag noch einmal in Sachen Kosten überprüfen zum Zeitpunkt, wenn es erste Erkenntnisse gibt in dieser Frage. Der Vertrag ist vorerst auf 2 Jahre befristet.

Frau Dräger kann die Diskussion nicht nachvollziehen, da die betreffenden Menschen Bewohner der Stadt sind und nicht Bewohner des Landkreises Ludwigslust. Die Stadt erhält für ihre Bewohner eine Schlüsselzuweisung vom Landkreis. Insofern ist es für sie nur fair, wenn diese Bewohner ihr Geld hier vor Ort bekommen und nicht erst nach Ludwigslust oder Parchim fahren müssen.

Frau Wiener erwidert, dass es ihr bei ihrer Frage nicht um die Menschen geht, diesbezüglich ist sie mit Frau Dräger einer Meinung. Ihr geht es um den Landkreis, und dass eine Aufgabe, deren Aufwand noch nicht abzusehen ist und die dem Landkreis obliegt, die Stadt mit wahrnimmt.

Herr Heinrich schlägt vor, dass die Verwaltung nach 3 Monaten, zum 30.03.2016, eine Information erteilt zu dem Aufwand, den die Stadt hierdurch hat.

Dem Vorschlag wird mehrheitlich zugestimmt. Der Hauptausschuss empfiehlt nachfolgende Beschlussfassung:

Beschluss: 177/15/10

Die Stadtvertretung der Stadt Boizenburg/Elbe beschließt den in der Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Landkreis Ludwigslust-Parchim (Ausführung von Kassengeschäften im Zusammenhang mit der Gewährung von Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Abstimmungsergebnis: 6:0:0

**zu 10 Annahme von Spendengeldern
Vorlage: 178/15/10/1**

Beschluss: 178/15/10/1

Der Hauptausschuss der Stadt Boizenburg/Elbe stimmt der Annahme der in der Sachdarstellung aufgeführten Spenden in Höhe von 1.180,00 € zu.

Abstimmungsergebnis: 6:0:0

zu 22 Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Jäschke stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her.

**zu 23 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V § 31
Abs. 3**

Der Ausschussvorsitzende gibt die Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil bekannt.

zu 24 Schließen der Sitzung

Herr Jäschke schließt die Sitzung um 20.25 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 06.07.22

Marlis Borries-Dettmann
Protokollführerin